

Sperrfrist: 8. September 1977, 10.30 Uhr

Gedanken zur wirtschaftspolitischen Lage

Referat von Bundesrat Ernst Brugger
anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der
Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (OSEC)
am 8. September 1977 in Bern

50 Jahre OSEC

Die OSEC ist ein Kind einer ausserordentlich kritischen Zeit der Weltwirtschaftsgeschichte, einer Zeit des politischen Umbruchs und des wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Als wäre es eine Fügung des Schicksals, fällt auch das 50-jährige Jubiläum Ihrer Organisation in eine unruhige, von Umwälzungen gekennzeichnete Phase unserer Wirtschaftsentwicklung. Die Tätigkeit der OSEC in diesen 50 Jahren ist ein Spiegelbild des wirtschaftlichen Geschehens - Anpassung an veränderte Verhältnisse war für sie deshalb eine Selbstverständlichkeit. Auf dem Höhepunkt der Krise vor dem 2. Weltkrieg verfügte die Handelszentrale über 14 eigene Handelsagenturen im Ausland; sie leisteten während der Kriegszeit bei der Ueberwindung der Blockade und der Versorgungsprobleme nützliche Dienste, und sie förderten unsere Exportanstrengungen in der Nachkriegszeit, als Einfuhrbeschränkungen, Devisenrestriktionen und administrative Schwierigkeiten aller Art überwunden werden mussten.

12/77/An

Die Situation änderte sich im Laufe der fünfziger Jahre. Als nach der Einführung der Konvertibilität der Währungen der Welthandel einen starken Aufschwung nahm und eine bis anhin unbekannte Prosperität der Industrieländer brachte, glaubten viele, auf die Dienste der Handelszentrale verzichten zu können. Mit dem Einbruch der Rezession änderte sich die Lage schlagartig. Ihre Organisation wurde wieder zu einem absolut notwendigen Pfeiler der Exportförderung. Wenn unsere Exportwirtschaft heute trotz Wechselkursanstieg, schlechter Weltkonjunktur und ausserordentlich harter Konkurrenz erstaunliche Erfolge aufzuweisen hat, so ist dies nicht zuletzt auch der Arbeit Ihrer Organisation zuzuschreiben. Dafür möchte ich Ihnen danken und die Grüsse des Bundesrates mit der Anerkennung für die wertvolle Arbeit verbinden, die Sie heute ^{leisten,} aber auch in der Vergangenheit geleistet haben.

Die Schweiz nach der Rezession

Der Zusammenbruch der Weltwährungsordnung, die Erdölkrise, die Verschlechterung der Zahlungsbilanzen und die weltweite Rezession bereiteten der Wachstumseuphorie ein jähes Ende. Im Soge des weltwirtschaftlichen Rückschlags geriet unsere Wirtschaft im Spätherbst 1974 in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit. Das reale Brutto-sozialprodukt unseres Landes schrumpfte in einem einzigen Jahr(1975) um nicht weniger als 7,6 %. Das entspricht einem realen Nachfrageausfall von rund 8 Milliarden Franken. In den letzten drei Jahren sind mehr als 300 000 Arbeitsplätze verloren gegangen; die schweizerische Gesamtbeschäftigung nahm um mehr als 10 % ab.

Nach den Stürmen der vergangenen drei Jahre befinden wir uns jetzt wieder in etwas ruhigerem Fahrwasser. Trotzdem ist das Bild der Prosperität unserer Wirtschaft, das man von einer extrem tiefen Inflationsrate und einer Arbeitslosigkeit von 0,3 % ablesen könnte, trügerisch; unsere Hauptprobleme haben wir noch lange nicht alle gemeistert.

Der internationale Konjunkturrückschlag traf unsere Wirtschaft in einem Zeitpunkt, als verschiedene Bereiche der Inlandwirtschaft, ganz besonders die Baubranche, bereits mit strukturellen Schwierigkeiten und Ueberkapazitäten zu kämpfen hatten. Hinzu kommt die abrupte Höherbewertung des Frankens, die unsere Währung zur stärksten Währung machte, als wir uns wirtschaftlich gar nicht stark fühlten. Im Laufe der letzten sechs Jahre betrug die Aufwertung im exportgewogenen Mittel mehr als 60 %. In diesem Spannungsfeld - zwischen strukturellen Schwächen und wechselkurspolitischer Herausforderung - ist die demographische Entwicklung eine schwere Hypothek. Wir haben von dieser Seite her höchstens geringe Wachstumsimpulse für die Binnenwirtschaft zu erwarten, und trotzdem müssen wir für die heranwachsende junge Generation neue Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Mittel erarbeiten, um unsere soziale Verpflichtung gegenüber der älteren Generation erfüllen zu können. Die Schweizertugenden der Solidarität, des sozialen Friedens und der politischen Stabilität dürften in den nächsten Jahren auf eine harte Probe gestellt werden.

Die schwache Binnenkonjunktur hat trotz des Handicaps des hohen Wechselkurses in den letzten beiden Jahren zahlreiche Unternehmer veranlasst, vermehrt im Ausland Ersatz für die im Inland ausgefallenen Märkte zu suchen. Der Anteil der Exporte von Gütern und Diensten am realen Bruttoinlandprodukt ist von 34 % im Jahre 1972 auf rund 40 % in diesem Jahr gestiegen. Die Exporte haben in den ersten sieben Monaten dieses Jahres real um 12 % zugenommen und haben rein mengenmässig den Stand der Hochkonjunktur fast wieder erreicht. Ob das Ausweichen auf ausländische Märkte aber wirtschaftlich immer sinnvoll ist, bleibt eine offene Frage. Die damit verbundenen Risiken sind meistens gross, die strukturelle Anpassung und der Aufbau eines wirkungsvollen Marketings schmälern die Erträge. Der Rückgang der Anlageinvestitionen von rund 30 % anfangs der siebziger Jahre auf nur 24 % in diesem Jahr ist ein Hinweis, dass die Ertragslage vieler Unternehmen auf tiefem Stand verharret und dass das Vertrauen in unsere wirtschaftliche Zukunft noch nicht überall zurückgekehrt ist. Die Erträge von heute sind aber die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.

Gefahr des Protektionismus

Die wirtschaftliche Situation in den meisten Industrieländern ist gekennzeichnet durch hohe Inflationsraten, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und anhaltende Investitionsschwäche. Insbesondere den währungsschwachen Ländern scheint es nach wie vor nicht zu gelingen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Nur gerade die USA und in vermindertem Masse auch die Bundesrepublik und Japan, die beide als

wirtschaftlich führende Hartwährungsländer gelten, weisen eine gesamtwirtschaftliche Bilanz auf, die etwas hellere Töne auf die Schattenlandschaft der Weltwirtschaft wirft.

In diesem Zusammenhang sind Forderungen an die Länder mit Ertragsbilanzüberschüssen laut geworden, durch verstärktes Defizitspending und Aufwärtsfloaten ihrer Währungen Exportmöglichkeiten für die Weichwährungsländer zu schaffen. Der internationale Konjunkturverbund ist heute unbestreitbar. Daraus ergibt sich auch eine internationale konjunkturpolitische Verpflichtung, die aber nicht nur in einer Richtung, in Richtung Ankurbelung gehen darf. Wir wissen aus eigener und zum Teil schmerzlicher Erfahrung, dass die Zurückgewinnung der Preisstabilität vom Ausgangspunkt einer zweistelligen Inflationsrate eine Zielvorgabe darstellt, welche von der Wirtschaft, den Sozialpartnern sowie vom Staat Opferbereitschaft, Masshalten, Verständnis für die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und eine entsprechende Ausrichtung des Verhaltens erfordern. Ohne diese Voraussetzungen wird auch keine Notenbank sozusagen im Alleingang, das heisst lediglich über die monetäre Hebelwirkung, die Inflationsmentalität zu brechen vermögen. Wir haben zwar im Sinne einer echten Solidarität unsern Beitrag zur Gesundung der Weltwirtschaft zu leisten, und wir tun dies auch durch den frei flottierenden hohen Franken und durch unsere Teilnahme an internationalen Operationen zur Stützung schwacher Zahlungsbilanzen. Diese Haltung kann aber Länder mit hoher Inflationsrate und defizitärer Aussenbilanz nicht von den binnenwirtschaftlichen Anpassungszwängen und den damit verbundenen realwirtschaftlichen Opfern dispensieren. Die internationale Wettbewerbs-

- 6 -

position einer Volkswirtschaft ist - glücklicherweise, so möchte man aus Schweizersicht anfügen - nicht nur eine Frage der Wechselkurse. Die Schwäche der Binnennachfrage in vielen Industrieländern hat fast überall zu einer Intensivierung der Exportanstrengungen auf den traditionellen und neuen Märkten geführt. In verschiedenen Bereichen ist ein zunehmend aggressives Exportverhalten zu beobachten, unterstützt durch staatliche Beihilfen in weiten Bereichen der sogenannten handelspolitischen Grauzone. Es kann nicht überraschen, wenn derartige Exportpraktiken Defensivreaktionen auf der Importseite hervorrufen. Noch sind schwere protektionistische Sündenfälle weitgehend ausgeblieben, aber die Tendenz ist da und scheint sich zu verstärken. Es wird nicht zuletzt Aufgabe der laufenden Gespräche in den verschiedenen internationalen Gremien sein, die handelspolitischen Erfahrungen der letzten Jahre sorgfältig zu analysieren und die erforderlichen Schlüsse für eine Anpassung der Welthandelsregeln an die veränderte wirtschaftliche Umwelt zu ziehen. Praktikable, zukunftsweisende Lösungen sind nur zu erzielen, wenn man sich bewusst ist, dass bloss eine gesicherte Entwicklung der Weltkonjunktur eine tragbare Basis bildet und nicht ein ruinöser Kampf "Jeder gegen Jeden" nach dem Muster der "beggar my neighbour-policy". Deshalb ist eine vorrangliche Aufgabe, der Vernunft und Verständigungsbereitschaft, die heute herrschen, baldmöglichst feste und verpflichtende Formen zu geben.

Suche nach einer neuen Ordnung

Lösungen für die Zukunft müssen globale Lösungen sein. Die OPEC-Staaten und die rohstoffarmen Länder der Dritten und Vierten Welt sind zu bedeutenden Faktoren in der Weltwirtschaft und in der internationalen Wirtschaftspolitik geworden. Die Energiekrise wirkte für die Entwicklungsländer wie ein Signal, sie hat unübersehbare Spuren hinterlassen. Auch wenn das Kartell der OPEC-Staaten nicht unbedingt als Vorbild für andere Rohstoffproduzenten gelten kann - es bildete den Ausgangspunkt für die weitreichenden und anspruchsvollen Forderungen gegenüber den Industrieländern nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Zwar besteht Einigkeit über die Notwendigkeit einer Verminderung des Wohlstandsgefälles zwischen Nord und Süd. Aber die Ansichten hinsichtlich der Methoden liegen noch immer weit auseinander.

Nach Meinung der Entwicklungsländer ist die bisherige Ordnung nicht geeignet, das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd zu verkleinern. Auch wenn man auf die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer hinweisen muss, kann man sich der Einsicht nicht verschliessen, dass gewisse Veränderungen und Anpassungen der weltwirtschaftlichen Handels- und Austauschmechanismen notwendig sein werden. Die anfangs Juni nach 18-monatiger Dauer zu Ende gegangene Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) hat mitgeholfen, diese Zusammenhänge besser auszuleuchten. Im Lager der Entwicklungsländer ist die Einsicht im Wachsen begriffen, dass die erforderlichen Umstellungen

- 8 -

durchaus im Einklang stehen können mit der Forderung nach der Erhaltung marktwirtschaftlicher Strukturen. Demgegenüber haben die Industrieländer anerkannt, dass ihre bisherigen entwicklungspolitischen Aktionen oft zu punktuell ausgerichtet waren und nicht einer wirklich kontinuierlichen Politik für Entwicklungszusammenarbeit entsprachen.

Die KIWZ bildete eine Phase im permanenten Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die in Paris erzielten Uebereinkünfte sind geeignet, die weiteren Verhandlungen zu erleichtern. Wie die Ergebnisse schliesslich aussehen werden, kann uns als exportabhängiges Industrieland nicht gleichgültig sein. Die Entwicklungspolitik bildet heute einen integralen Bestandteil der Weltwirtschaftspolitik und somit auch unserer Aussenwirtschaftspolitik. Wir werden nicht darum herumkommen, unseren Anteil an der öffentlichen Entwicklungshilfe zu überprüfen und zu verstärken. Nur diese Hilfe und Förderung ist geeignet, den ärmsten Ländern dieser Welt den Anschluss an die bereits in Entwicklung begriffenen Länder zu ermöglichen.

Beziehungen zu den OPEC-Staaten

Im Zentrum aller Diskussionen stehen heute die OPEC-Staaten. Die Mehrzahl dieser Länder ist sich bewusst, dass sie ein Teil der Weltwirtschaft sind, dass ihre weitere Entwicklung untrennbar mit der wirtschaftlichen Stabilität und Stärke der Industrieländer verbunden ist. Der hohe Beitrag der OPEC-Staaten an die neugeschaffene Witteveen-Fazilität - 48 %, die restlichen 52 % übernehmen die Industriestaaten - und die Tatsache, dass Saudi-Arabien als zweitgrösster Geldgeber des IMF

im nächsten Jahr voraussichtlich einen ständigen Sitz im Verwaltungsrat dieses höchsten Währungsgremiums einnehmen wird, sind ein Beweis der internationalen Bedeutung, aber auch Verantwortung dieser Ländergruppe. Diese Entwicklung ist angesichts vieler Befürchtungen erfreulich.

Die Verteuerung des Erdöls im Herbst 1973 hatte das Bild der Zahlungsbilanzen und der internationalen Finanzströme radikal verändert. Von 1974 bis 1976 transferierten allein die Industrieländer 250 Milliarden Dollar an die OPEC-Staaten. Ohne Recycling der Petro-Dollars in die Wirtschaft und in die Finanzmärkte der Industriestaaten hätte dieser Aderlass zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft geführt. Die ehrgeizigen Entwicklungspläne der OPEC-Länder haben jedoch nahezu sofort eine enorme Nachfrage nach Investitionsgütern, technischen Apparaten und nach Bauleistungen in den Industrieländern ausgelöst, die sich zwischen 1974 und 1976 auf rund 130 Milliarden Dollar, also auf mehr als die Hälfte des Betrages, belief, den die Industriestaaten für Erdöllieferungen bezahlt hatten.

Unser Land partizipierte 1974 und 1975 nur unterdurchschnittlich an den Lieferungen in die OPEC-Staaten. 1976 dagegen lag die Zuwachsrate unserer Exporte mit 36 % deutlich über dem OECD-Mittel von 15,7 %. Die Möglichkeiten für unsere Wirtschaft dürfen aber nicht überschätzt werden. Bei der Erschliessung dieser neuen Märkte können sich besonders für exportungewohnte Firmen grosse Schwierigkeiten ergeben. Die Bedingungen und Regeln im Exportgeschäft mit den OPEC-Staaten weichen zum Teil stark von den Gepflogenheiten im Handel zwischen

Industriestaaten ab, es herrschen andere Sitten und Gebräuche, andere Sozial- und Wirtschaftsstrukturen, andere klimatische Bedingungen. Ausserdem sehen sich unsere Unternehmungen einer schlagkräftigen internationalen Konkurrenz gegenüber, die mit hohem Einsatz an Personal, Technik, Finanzen und oft langjähriger Erfahrung auf diesen Märkten arbeitet. Die Verlustrisiken sind also gross. Staat und Wirtschaft müssen daher eng zusammenarbeiten, Erfahrungen austauschen und sich in ihren Anstrengungen gegenseitig unterstützen. Insbesondere hat sich gezeigt, dass durch verbesserte Information und Beratung unserer Exportindustrie geholfen werden kann, denn Qualität und Spezialisierung allein genügen auf diesen Märkten nicht, auch wenn sie zunehmend an Bedeutung zu gewinnen scheinen.

Gemeinsame Aufgaben

In der Information und Beratung liegt eine der wichtigsten gegenwärtigen Aufgaben der Zentrale für Handelsförderung. Ihre Organisation hat sich dieser Herausforderung gestellt, und sie ist daran gewachsen. Wir alle, die wir uns heute mit den immer schwieriger werdenden internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen befassen, haben ja schnell gemerkt, dass Export nicht mehr nur Handel über die Grenzen hinweg ist, internationale Arbeitsteilung und Nutzung komparativer Vorteile, sondern dass wir in eine völlig neue, ausserordentlich politische Dimension hineingewachsen sind.

- 11 -

In der politischen Schrittmacherfunktion, in der Schaffung eines Klimas der Kooperationsbereitschaft und des Verständigungswillens liegt der Sinn und Zweck unserer Goodwill-Missionen. In den Verhandlungen mit den beiden bedeutendsten OPEC-Staaten, Saudi-Arabien und dem Iran, haben sie zur Bildung von Gemischten Kommissionen geführt, die ein ausgezeichnetes Mittel sind, den auf politischer Ebene abgesteckten Handelsrahmen zu konkretisieren, ihn mit Projekten zu füllen. Dabei können die Vertreter des Staates im Rahmen unseres liberalen Wirtschaftssystems keine unternehmerischen Funktionen übernehmen - hiezu wären sie auch nicht befähigt. Wir können Goodwill schaffen, den Vertretern der Privatwirtschaft Türen öffnen, manchmal auch auftretende Schwierigkeiten beseitigen und durch vertragliche Abmachungen die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit verbessern.

Es ist nun Aufgabe der einzelnen Firmen, die Projekte weiter zu verfolgen, die Bedürfnislage unserer Partner zu analysieren und sinnvolle Angebote zu unterbreiten. Auch das gehört zu einer guten Exportpolitik, auch das macht den Ruf des Exportlandes Schweiz aus. Hier zu helfen, zu beraten und zu vermitteln ist eine der vornehmsten Aufgaben der in der Aussenwirtschaftspolitik engagierten Behörden und Institutionen.

Ich begrüsse es daher besonders, dass Ihre Organisation in enger Zusammenarbeit mit unseren Aussenvertretungen und Handelsdelegierten einen Exportberatungsdienst in Zürich und Lausanne geschaffen hat, der besonders den weniger exporterfahrenen Unternehmen unseres Landes

- 12. -

wertvolle Dienste leisten dürfte. Ich gratuliere auch zur ausgezeichneten Zusammenarbeit mit dem Exportförderungsdienst der Handelsabteilung und der Informationsstelle für Exportfinanzierung bei der Nationalbank.

Gratulation

Ich sagte vorhin, die OSEC sei ein Kind einer ausserordentlich kritischen Zeit der Weltwirtschaftsgeschichte. Auch heute werden wir wieder unsere ganze Kraft und unseren ganzen Mut brauchen, um uns wirtschaftlich zu behaupten und unsere politische Stabilität in einer turbulenten Welt bewahren zu können. Die OSEC ist heute im besten Mannesalter. Die Tatkraft und das Engagement, das Sie in den vergangenen drei Jahren sozusagen aus dem Stand heraus bewiesen haben, ist einer der grossen Steine im Mosaik unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Obwohl staatliche Instanzen, Spitzenverbände, unsere diplomatischen Vertretungen, schweizerische Handelskammern im Ausland, Banken und private Organisationen bei der Exportförderung mitwirken, nimmt die Handelszentrale als gemischtwirtschaftliche Organisation eine zentrale Stellung ein. Die seit ihrer Gründung unverändert gebliebene Politik der wirkungsvollen Zusammenarbeit von Behörden, Verbänden und Privatwirtschaft hat sich für sie als für unsere Verhältnisse geeignete Formel bewährt; sie soll auch für die Zukunft wegleitend bleiben. Es ist mir deshalb ein ganz besonderes Anliegen, Ihnen zu diesem Jubiläum herzlich zu gratulieren und Ihnen weiterhin viel Erfolg im Dienste unseres Landes zu wünschen.
